

Zehn Jahre Sozialwort der Kirchen

Eine kritische Bilanz der Arbeitsgemeinschaft westfälischer Sozialpfarrer und Sozialethiker

Rückblick

1997 veröffentlichten der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz ihr „Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Es trägt den anspruchsvollen Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Vorausgegangen war ein Konsultationsprozess mit einer breiten Beteiligung von vielen Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirchen. Allein die Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozess wurde in einer Auflage von 400 000 Exemplaren verbreitet. Das Katholische-Soziale Institut der Erzdiözese Köln und das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD zählten 2500 Stellungnahmen mit einem Umfang von mehr als 25 000 Seiten. Diese Vorgehensweise hat den Kirchen Respekt und Anerkennung gebracht.

Bereits im Vorentwurf des Sozialwortes werden drei Optionen als erkenntnis- und handlungsleitend herausgestellt: (1) die Option für die Schwachen und Armen, (2) die Option für den Frieden und (3) die Option für eine soziale Gestaltung der einen Welt. In einer bemerkenswert klaren Sprache steckt das Sozialwort sozialetische Grundpositionen ab. So lesen wir in Ziffer 46, „dass das Eintreten für Solidarität und Gerechtigkeit unabdingbar zur Bezeugung des Evangeliums gehört und im Gottesdienst nicht nur der Choral, sondern auch der Schrei der Armen seinen Platz haben muss, dass ‚Mystik‘, also Gottesbegegnung, und Politik, also der Dienst an der Gesellschaft, nicht zu trennen sind.“

Was ist aus dem Sozialwort der Kirchen geworden?

Politik und Wirtschaft haben dem Sozialwort keine Beachtung geschenkt. Heute müssen wir enttäuscht feststellen:

- Die Situation der Armen hat sich verschlechtert; mehr Menschen als vor zehn Jahren sind von

Arbeit und beruflicher Bildung ausgeschlossen. Sechs Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor, viele können davon ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten und sind auf ergänzende Hilfen angewiesen.

- Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist tiefer denn je gespalten. Der innere Frieden ist gefährdet. Die Bindekraft der großen politischen Parteien schwindet. Fremdenfeindliche und rechtsradikale Tendenzen nehmen zu. Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung stellen für immer mehr Menschen keinen ausreichenden Schutz dar. Die Verunsicherung der Bevölkerung greift bis tief in die Mittelschichten.
- Die Bundesrepublik ist nicht nur drittgrößter Waffenexporteur, sondern auch über die Bundeswehr an zahlreichen Kriegseinsätzen beteiligt. Die Militärausgaben übersteigen um ein Vielfaches die Ausgaben für Entwicklungshilfe.

Das Sozialwort und die Kirchen

Betrachten wir die diakonischen Bereiche der Kirchen, dann sehen wir, dass heute große Teile der Mitarbeiterschaft verunsichert sind, viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind und ganze Arbeitsbereiche ausgegliedert werden. Neue Entgeltsysteme haben auch im kirchlichen Bereich den Trend zu Niedriglöhnen verstärkt. Da überwiegend Frauen im Niedriglohnsektor arbeiten, hat der Grundsatz der Gleichstellung von Männern und Frauen auch im Raum der Kirchen weiteren Schaden genommen.

Bereits Ende 2003 veröffentlichte die „Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen“ der Deutschen Bischofskonferenz einen Text mit dem Titel: „Das Soziale neu denken. Für eine langfristige angelegte Reformpolitik“. Der Text gibt vor, das „Gemeinsame Wort“ der Kirchen „situationsgerecht fortschreiben“ zu wollen. Die katholischen Sozialethiker Karl Gabriel, Friedhelm Hengsbach

Das Sozialwort ist nach 10 Jahren immer noch aktuell. Es hilft, den Gedanken einer sozialen Marktwirtschaft im Bewusstsein zu halten, die es in der Realität nicht mehr gibt.

und Dietmar Mieth kommen zu einer anderen Einschätzung: „Statt das ‚Leitbild der solidarischen und gerechten Gesellschaft‘ fortzuschreiben, entsteht der Eindruck, dass nun auch die Bischöfe in den breiten Strom der aktuellen Sozialstaatskritik einstimmen, das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit aufgeben und die sozialkatholischen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Verantwortung zugunsten der liberalen Prinzipien von privater Vorsorge und Eigenverantwortung abschwächen.“¹

In der breiten Öffentlichkeit fand der Impulstext der Bischofskonferenz nur wenig Aufmerksamkeit. Umso bemerkenswerter sind die Bestrebungen im evangelischen Raum, sich deutlich vom „Gemeinsamen Wort“ abzusetzen. So bleibt das Sozialwort im EKD-Papier „Kirche der Freiheit“ unerwähnt. Ein Impulspapier vorzulegen, mit dem Anspruch, Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert zu eröffnen, ohne an das eigene Grundlagendokument, die erste ökumenische Sozialethik, anzuknüpfen, ist mehr als ein Fauxpas. Ein weiteres Indiz für eine neoliberale Wende im Raum der evangelischen Kirche ist der Vortrag, den Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, im März 2007 in der Evangelischen Bildungsstätte auf Schwanenwerder gehalten hat, der unter dem Titel „Unternehmen Leben“ in der Frankfurter Rundschau dokumentiert wurde (26. 2. 07). Dieser Beitrag stellt im Kern den Versuch dar, die Abkehr vom deutschen (europäischen) Sozialstaatsmodell sozialetisch zu begründen.

Die Vereinnahmung der Evangelischen Sozialethik

Für Wegner atmet das Sozialwort den „korporativen Geist des Konsenses über ein deutsches Wirtschafts- und Sozialmodell, das der Herstellung von Gerechtigkeit und Solidarität dient“. Dass eine ihrer tragenden Säulen, eine „leistungsfähige Wirtschaft“, in Bedrängnis kommen könnte und in der Folge die andere Säule, die „umverteilende Sozialpolitik“, ebenfalls brüchig würde, hätten sich die Verantwortlichen des Sozialwortes schlichtweg nicht vorstellen können. Wegner: „wirtschaftspolitisch blieb das Wort blass.“ Für diese These gibt es bei Wegner keinerlei Belege. Stattdessen reiht er Vermutungen aneinander. So z. B., wenn er argumentiert: Es sind vor allem die Herausforderungen

der Globalisierung, die lediglich beschrieben, nicht aber in der „vollen Tragweite erkannt“ wurden, die die grundsätzliche Schwäche des Sozialwortes ausmachen. Oder: Die bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialstruktur – oft auch als „Deutschland AG“ bezeichnet – kam unter Veränderungsdruck, sie „schien zu gemächlich“, wurde als „nicht überlebensfähig“ angesehen und deshalb „zerschlagen“. Wer hier gedrückt und geschlagen hat, wird nicht weiter erläutert.

Die Botschaft Wegners lautet deshalb: „Es war höchste Zeit, sich den neuen Realitäten anzupassen und grundlegend umzusteuern.“ Befriedigt kann er feststellen, die Wirtschaft hat sich inzwischen neu aufgestellt und ihre starke Stellung in der Welt zurück gewonnen. Zwar ging das einher mit dem Abbau von unproduktiver Beschäftigung, dem Abbau von sozialem Ballast und der Auflösung von Strukturen, die für „Sicherheit und Beständigkeit“ gesorgt haben. Diese Verluste wurden aber mehr als aufgewogen durch den „enormen Gewinn an Produktivität und Leistungsfähigkeit“. Wer Nutznießer der Produktivitätsgewinne ist, interessiert Wegner ebenso wenig wie die Frage, was aus den Verlierern dieser Prozesse wird.

„Eine weitere Folge (des Umbaus der Wirtschaft) war ein neues Bewusstsein für die Kosten des Gemeinwesens, der Blick auf die Verschuldung, aber auch die ständig steigenden Kosten der Sozialpolitik.“ Die neuen Realitäten sind in Wegners Vorstellungswelt als Sachzwänge dem weltweiten Wettbewerbsdruck geschuldet, dem sich niemand entziehen kann. Deshalb sind Arbeitsplatzabbau und Niedriglohnsektor Konsequenzen, die sich zwangsläufig einstellen. Mit dieser Logik knüpft die Wegnersche „Analyse“ keineswegs an das Sozialwort von 1997 an, im Gegenteil, hier liegt eine eindeutige Bruchlinie.

Das Sozialwort ist nach 10 Jahren immer noch aktuell. Es hilft, den Gedanken einer sozialen Marktwirtschaft im Bewusstsein zu halten, die es in der Realität nicht mehr gibt.

Arbeitsgemeinschaft westfälischer Sozialpfarrer und Sozialethiker
Pfarrer Jürgen Klute, Pfarrer Wolfgang Belitz,
Pfarrer Hans-Udo Schneider

¹ Karl Gabriel, Friedhelm Hengsbach, Dietmar Mieth: „Das Soziale neu denken“ als Abkehr vom „Gemeinsamen Wort der Kirchen“?; Presseerklärung vom 17. 12. 2003.